

## A. d) Berichte

### 01) Der Tag der Heimat hat Zukunft. Ministerpräsident Armin Laschet spricht bei Vertriebenen

#### *Pressemitteilung des Bundes der Vertriebenen*



BdV-Präsident **Dr. Bernd Fabritius** (l.) begrüßt Ministerpräsident **Armin Laschet** (2. v. l.), den Bayerischen Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien sowie Leiter der Staatskanzlei, **Dr. Florian Herrmann MdL** (2. v. r.), und den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, BdV-Vizepräsident **Stephan Mayer** (r.), beim Tag der Heimat 2019 in Berlin (Foto: BdV/bildkraftwerk).

„Menschenrechte und Verständigung – Für Frieden in Europa“: Unter diesem Leitwort kamen am 31. August 2019 zum 70. Mal viele deutsche Heimatvertriebene und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler aus ganz Deutschland sowie Angehörige der deutschen Minderheiten aus den Heimatgebieten in Berlin zum zentralen Auftakt zum Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen zusammen.

Als Festredner begrüßte BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet. Dr. Thies Gundlach, Vizepräsident des Kirchenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland, sprach das geistliche Wort und Gedenken. Viele hochrangige Gäste aus der Politik und dem Diplomatischen Corps waren gekommen. Musikalisch untermalt wurde die Veranstaltung von den Potsdamer Turmbläsern unter Bernhard Bosecker sowie vom Chor des Deutschen Freundschaftskreises Broschütz (Brožec) im Oppelner Schlesien, „Brosci Chorus“, unter Ewa Magosz.





Ministerpräsident Armin Laschet

### ***Wegweisende Charta***

Bezug nehmend auf das diesjährige Motto, zeichnete Ministerpräsident Laschet die deutschen Vertriebenen in einem besonderen Spannungsfeld. So hätten zwischen dem Kriegsausbruch vor 80 Jahren, am 1. September 1939, und der Verkündung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen am 5. August 1950 nur elf Jahre gelegen. In diesen elf Jahren sei Europa von zwei Diktatoren aufgeteilt worden, habe Deutschland einen schrecklichen Krieg begonnen, hätten zwölf Millionen Deutsche nach Flucht und Vertreibung im Nachkriegsdeutschland aufgenommen werden müssen – und hätten sich dennoch bereits 1950 mit ihrer Charta gegen Rache und Vergeltung, für den Wiederaufbau Deutschlands und für ein freies und geeintes Europa ausgesprochen.

„Was muss es wohl für Menschen, die Flucht und Vertreibung erlebt haben, die schreckliches Leid erlebt haben, bedeutet haben, wenn sie im politischen Streit als Revanchisten oder was auch immer diffamiert worden sind?“, fragte Laschet dann rhetorisch, mit einem Blick auf die 1970er und 1980er Jahre. Erst durch die Balkankriege in den 1990er Jahren und die damaligen Kriegsflüchtlinge sei ein Prozess in Gang gekommen, durch den auch auf die eigenen Opfer von Flucht und Vertreibung ein neues Licht geworfen wurde. Dies sei wichtig, denn man dürfe nicht so tun, als seien die Vertreibungen eine notwendige Folge des Zweiten Weltkrieges und die Vertriebenen seien selbst schuld daran.

„Nein“, so der Ministerpräsident, „die, die da vertrieben wurden, sind gar nicht schuld. Sie sind Opfer eines Krieges, den andere angefangen haben. Und wir dürfen auch nicht zulassen, dass das quasi als selbstverständlich beschrieben wird, dass die nun halt als Opfer am Ende vertrieben worden sind. (...) Aber das wurde bei uns so vermittelt.“



### ***Arbeit der Vertriebenen beispielhaft***

Darum sei es gut, dass das Gedenken an Flucht und Vertreibung heute ohne Anfeindungen begangen werden könne. „Diese Erinnerung ist wichtig, wenn man will, dass das nie wieder passiert“, betonte Laschet. Ebenso wichtig sei es wahrzunehmen und anzuerkennen, was die deutschen Heimatvertriebenen und Spätaussiedler an Eigenleistung für die Eingliederung sowie an Einsatz für die grenzüberschreitende Verständigung erbracht hätten. Ihr Schicksal und ihre fortwährende Arbeit seien gleichermaßen beispielhaft für die heutigen Integrationsherausforderungen in Deutschland wie sie einen wichtigen Beitrag für den Frieden in Europa leisteten.

An einigen Punkten verdeutlichte der Ministerpräsident im Folgenden, was die nordrhein-westfälische Landesregierung seit seinem Amtsantritt dafür tut, die Arbeit der Vertriebenen und Spätaussiedler zu unterstützen, die Erinnerungen zu sichern und die Kultur zu erhalten. Dabei mahnte er, dass die Übernahme und der Erhalt von Patenschaften über Landsmannschaften und Regionen selbstverständlich dazugehören müssten und hob auf die seit 1957 bestehende Patenschaft seines Landes über die Oberschlesier und die Siebenbürger Sachsen ab. Außerdem sei mit Heiko Hendriks zum ersten Mal ein eigener Landesbeauftragter für diese Anliegen benannt worden.

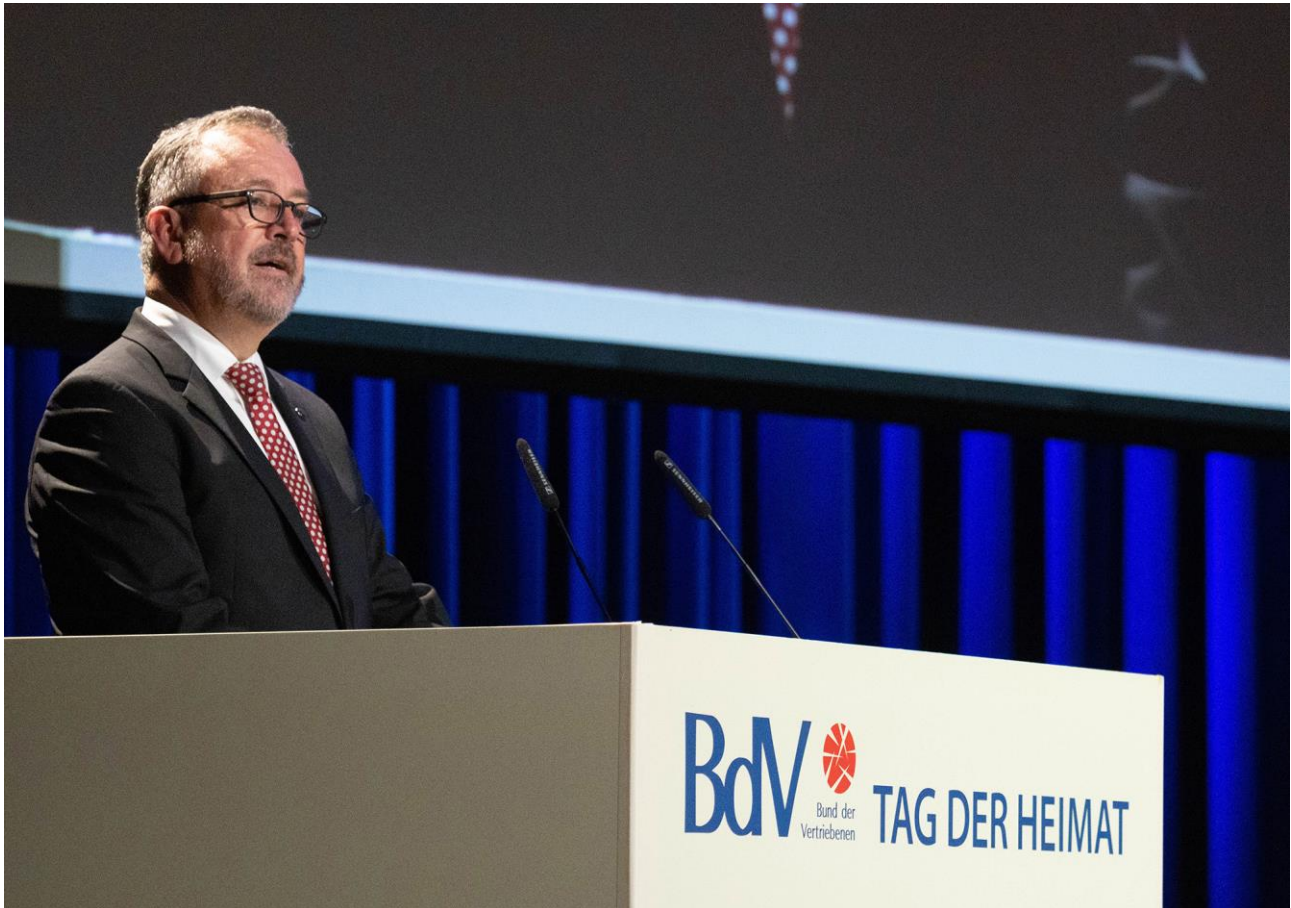
Aus allen diesen Gründen sei er sich sicher, dass der Tag der Heimat Zukunft habe und dass es immer wieder Tage der Heimat geben werde: „Tage der Heimat, die traurig sind, wenn man an die sinnt, die ihr Leben verloren haben, ihre Heimat verloren haben. Tage der Heimat, die aber auch, ja, Anlass zur Freude sind und zum Feiern sind, weil so vieles so gut gelungen ist.“

### ***Tag der Heimat und nationaler Gedenktag***

Aus der Ansprache des Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, Dr. Bernd Fabritius, wurde zunächst deutlich, dass der nationale Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni mit dem Tag der Heimat des BdV ein Bedingungsgefüge bildet. Der Gedenktag sei „für alle Vertriebenen und Spätaussiedler, für den Bund der Vertriebenen genauso wie für die 20 Landsmannschaften, die Mitglied im BdV sind, die sprichwörtliche ‚Luft zum Atmen‘“. Was Naziterror und Zweiter Weltkrieg, aber auch die Vertreibungen und ethnischen Säuberungen an Schrecken bedeutet hätten, was die Betroffenen, aber ebenso „Kinder und Enkel als Trauma-Gepäck mitbekommen haben, das alles hat unsere gesamte Gesellschaft kollektiv geprägt – und das darf und soll sich nicht wiederholen“. Dafür ständen die deutschen Heimatvertriebenen.

Weil gleichzeitig das Bewusstsein für diese Verantwortung in Deutschland steige und der eigenen Opfer am 20. Juni wahrhaft und einfühlsam gedacht werde, könne man nun am Tag der Heimat verstärkt nach vorn schauen. Schließlich biete er die Chance „zur Begegnung, zum Austausch, zu einer gemeinschaftlichen Reflexion über Heimat, über Werte und Zusammengehörigkeit in einer Schicksalsgemeinschaft, die aus kollektivem Leid entstanden ist. Das alles ist heilsam, auch nach vielen Jahrzehnten“, erklärte Fabritius und erinnerte an die Tabuisierung von Vertriebenenenschicksalen in der DDR sowie an die Negativbeispiele der Neuen Ostpolitik Willy Brandts, im Zuge derer die berechtigten Anliegen der Vertriebenen marginalisiert worden seien.





BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius

### ***Grenzüberschreitende Perspektiven***

Im Gedenken an die Vertreibungen, in der Erinnerung an die Heimat und in der Pflege und der Weiterentwicklung des kulturellen Erbes ergäben sich heute grenzüberschreitende Perspektiven – auch, da dies am besten mit den in der Heimat lebenden Menschen gelinge, so Fabritius. „Gemeinsames Gestalten eines Miteinander unter dem gemeinsamen Dach Europa, in dem sich freundschaftlich verbunden alle Völker und Ethnien wiederfinden“, bleibe das Ziel der ausgestreckten Hand der Vertriebenen und Spätaussiedler und sei ein möglicher Weg, auch zukünftige Generationen für diesen Einsatz zu begeistern.

Sichtbar werde dieses Miteinander schon jetzt in der grenzüberschreitenden und friedensstiftenden Arbeit der BdV-Verbände und der Landsmannschaften, betonte der BdV-Präsident und wies etwa auf die Heimattage der Landsmannschaften und die dort immer häufiger zu beobachtenden Ehrbezeugungen durch östliche Nachbarländer hin.

### ***„Fridays for Europe“***

Dieser Einsatz für „Menschenrechte und Verständigung“ und somit für den Frieden in Europa werde angesichts spaltender nationalistischer Tendenzen in vielen Teilen Europas immer wichtiger. Das gemeinsam aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges und des kommunistischen Unrechts errichtete Europa habe die Vertriebenen der Heimat und die Heimat den Vertriebenen wieder nähergebracht. Brücken in die Nachbarländer und Brücken in die Zukunft seien gebaut worden. ►



Mit einem Blick auf die aktuelle, eng mit den bevorstehenden Wahlen in Polen zusammenhängende Debatte über etwaige deutsche Reparationsleistungen mahnte Fabritius, dass einseitige Schadensbilanzierungen nicht zielführend seien, zumal diese die Verluste von Heimat und Lebensglück der vertriebenen Deutschen stets außer Acht ließen.

Gemeinsam müsse man deutlich machen, dass Europa als übergeordnetes Friedensprojekt auch zukünftig nicht zur Debatte stehe. Fabritius wünschte sich daher abschließend „an so manchen Freitagen ein ‚Fridays for Europe‘“.

### **Geistliches Wort und Gedenken**

„Heimat und Identität wurzelt in Geschichte und Geschichten, die man sich erzählt, die man sich zu eigen macht“, erklärte der Vizepräsident des Kirchenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland, Dr. Thies Gundlach in seinem geistlichen Wort. Dabei kam es ihm auf die Vielfalt dieser Geschichten an, die individuell sehr unterschiedlich sein könnten, aber als gleichberechtigt gesehen werden müssten. Das Bedürfnis nach Geschichte und Erinnerung sei sehr groß, auch um der oft allzu atem- und rücksichtslosen Gegenwart Tiefe zu verleihen. Der Tag der Heimat biete hier eine große Chance. Die Möglichkeiten für den Friedenserhalt in Europa wiederum lägen darin, sich für die Geschichten der anderen zu interessieren, nachzuvollziehen, warum sie sich unterscheiden und warum sie uns fremd sind, und sie gemeinsam mit den eigenen Geschichten in ihrer Vielzahl zu erhalten.



Vizepräsident des Kirchenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland, Dr. Thies Gundlach



Gundlach äußerte sich dankbar, dass die Vertriebenen sich um ihren „Strom der Erzählung“ bemühten und immer weiter Geschichten von der Vertreibung und „vom Heimatverlust in Ostpreußen, Pommern, Schlesien – all den anderen deutschen Gebieten“ erzählten. „Zu Europa wird auch in Zukunft dieses vielfältige Erzählen gehören. Nicht gegen irgendjemanden oder statt anderer Erzählungen, sondern um den Frieden eines vollständigen Europas“, so der Vize-Kirchenamtspräsident.

Heimat gebe es auch im Glauben, und diese lasse sich nie von nationalistischen, identitären oder rassistischen Tönen irritieren. „Wer diese geistliche Heimat im Glauben an Gott kennt und auf die zukünftige Heimat bei ihm zu hoffen vermag, der kann mit jeder Heimaterzählung frei und souverän umgehen, weil er sie alle letztlich doch als relativ und vorläufig erkennt“, betonte Gundlach und sprach in einem mitfühlenden Totengedenken den Anwesenden Trost zu.

Im Anschluss an den Festakt in der Urania ließen die höchsten Staatsämter, die Bundesländer, einige Bundesparteien, die Landsmannschaften und BdV-Landesverbände, der Bund der Vertriebenen sowie viele weitere gesellschaftliche Gruppen zu Ehren der Toten Kränze am Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen, der „Ewigen Flamme“ auf dem Berliner Theodor-Heuss-Platz, niederlegen. Worte des Gedenkens sprachen wie im Vorjahr der Berliner Innensenator Andreas Geisel, der Berliner Landesvorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Staatssekretär a.D. Rüdiger Jakesch, sowie BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius.

### ***Kranzniederlegung und Totengedenken an der Ewigen Flamme***



Kranzniederlegung mit Berliner Innensenator Andreas Geisel (1. von links), BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius (3. von rechts), den Berliner Landesvorsitzenden des Bundes der Vertriebenen, Staatssekretär a.D. Rüdiger Jakesch und anderen

## **Seite 32 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 755 vom 12.09.2019**

Fabritius forderte erneut, dass Europa bei der Einführung eines strafbewehrten Vertreibungsverbot es vorangehen müsse. Außerdem erklärte er, dass die Initiative zu einem Denkmal für die von den Nationalsozialisten ermordeten Polen einen Weg zu mehr beiderseitiger Opferempathie ebnen könne und daher begrüßt werde. Ein angemessener Standort für ein solches Denkmal in Berlin sowie für ein Denkmal für die deutschen Opfer von ethnischen Säuberungen und Vertreibungen nach dem Krieg in Polen werde sicher zu finden sein.

*Marc-P. Halatsch*

---

*Die Pressemitteilungen des Bundes der Vertriebenen sind zur Information, zur redaktionellen Verwertung bzw. zur Veröffentlichung bestimmt. Beiliegende Fotos dienen ebenfalls zur redaktionellen Verwertung bzw. zur Veröffentlichung. Bitte beachten Sie die Urhebernennung. Sollten Sie weitere Fotomotive wünschen oder Rückfragen zum Text haben, sprechen Sie uns unter den genannten Kontaktdaten an. Weitere Auskünfte erteilt die Pressestelle.*

BdV – Bund der Vertriebenen  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Pressekontakt: Marc-Pawel Halatsch

Pressestelle Berlin  
Pressehaus 4204  
[Schiffbauerdamm 40](#)  
[10117 Berlin](#)  
Tel.: +49 (0)30 5858 443-50  
Fax: +49 (0)30 5858 443-57  
E-Mail: [presse@bdvbund.de](mailto:presse@bdvbund.de)  
Internet: [www.bund-der-vertriebenen.de](http://www.bund-der-vertriebenen.de)

Bundesgeschäftsstelle Bonn  
[Godesberger Allee 72-74](#)  
53175 Bonn  
Tel.: +49 (0)228 81007-28 (Pressestelle)  
Fax: +49 (0)228 81007-52

Unterstützen Sie die Anliegen des Bundes der Vertriebenen durch eine Spende an die gemeinnützige Stiftung der deutschen Heimatvertriebenen ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN, Spendenkonto Deutsche Bank, Kontonummer 3 17 17 17, Bankleitzahl 380 700 24, IBAN DE76 3807 0024 0317 1717 00, BIC DEUTDEDB380. Informationen zum ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN finden Sie unter [www.z-g-v.de](http://www.z-g-v.de).

**Anmerkung der Redaktion: Liebe Leser, wir haben in den Medien weder eine Ankündigung noch einen Bericht zum „Tag der Heimat 2019“ gefunden. Sollten Sie andere Erfahrungen haben, so würden wir uns freuen, wenn Sie uns das mitteilen würden. Es geht hier allerdings nicht um die eigenen Medien unserer Verbände!**





## 02) Deutschlandhaus bleibt Deutschlandhaus. Aktuelle Presseberichte irritieren



## Pressemitteilung

### Deutschlandhaus bleibt Deutschlandhaus Aktuelle Presseberichte irritieren

Laut einiger Presseberichte aus dieser Woche soll das Berliner Deutschlandhaus im Februar 2020 an die Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ übergeben werden. Die Bauarbeiten seien weitgehend fertiggestellt. Der zukünftige Name des Gebäudes sei jedoch umstritten.

Hierzu erklärt BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius: „Das Berliner ‚Deutschlandhaus‘ bleibt auch in Zukunft das ‚Deutschlandhaus‘.

Wer nach der jüngsten Berichterstattung über den Bau glaubt, der Name sei umstritten und stehe zur Debatte, der ist vor allem eines: gründlich falsch informiert.

Der für dieses Thema zuständige Stiftungsrat der Bundesstiftung ‚Flucht, Vertreibung, Versöhnung‘ hat schon vor geraumer Zeit beschlossen, dass das Deutschlandhaus auch zukünftig so heißen wird. Auch die Ausgestaltung des Schriftzuges am Gebäude ist festgelegt worden.

Der Name ‚Deutschlandhaus‘ ist im Zusammenhang mit dem benachbarten ‚Europahaus‘ zu sehen und stand über Jahrzehnte für etwas zweifelsohne Positives: für die Sehnsucht nach der Deutschen Einheit.

So sehr es freut, dass die Bauarbeiten jetzt wohl weitgehend abgeschlossen sein sollen, so schön wäre es gewesen, hätten Stiftungsrat, Politik und anscheinend auch Stiftung selbst dies nicht erst aus der Presse erfahren müssen.

Die Eröffnung der Dauerausstellung zu Flucht und Vertreibung rückt aber nun in greifbare Nähe und könnte im Frühjahr 2021 und somit am Ende des 75. Jahres nach Kriegsende möglich sein.

Nach den vielen Verzögerungen im Baufortschritt bin ich froh, dass ich beim Tag der Heimat am morgigen Samstag in Berlin vielen noch lebenden Zeitzeugen von Flucht und Vertreibung am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg diese Nachricht überbringen darf. Von Herzen wünsche ich mir schon jetzt, dass sie in die Eröffnung eingebunden werden und dass ihr Schicksal auch dort eine besondere Würdigung erfährt.“

30. August 2019

Herausgeber:  
BdV-Bundesgeschäftsstelle  
Godesberger Allee 72-74  
53175 Bonn  
Telefon +49 (0)228 81007-0  
Telefax +49 (0)228 81007-52

Pressekontakt:  
Marc-Pawel Halatsch  
Pressesprecher  
Pressehaus 4204  
Schiffbauerdamm 40  
10117 Berlin  
Telefon +49 (0)30 5858 443-50  
Telefax +49 (0)30 5858 443-57  
E-Mail [presse@bdvbund.de](mailto:presse@bdvbund.de)

Die Pressemitteilungen des Bundes der Vertriebenen sind zur Information, zur redaktionellen Verwertung bzw. zur Veröffentlichung bestimmt. Beiliegende Fotos dienen ebenfalls der redaktionellen Verwertung bzw. der Veröffentlichung. Bitte beachten Sie die Urhebernennung sowie ggf. weitere Hinweise im Text. Sollten Sie weitere Fotomotive wünschen, sprechen Sie uns unter den genannten Kontaktdaten an. Weitere Auskünfte erteilt die Pressestelle.





**03) Arbeits- und Informationsbesuch in Berlin. Sylvia Stierstorfer MdL trifft sich mit Vertretern der Kulturpflege**

Politik für Aussiedler und Vertriebene ist eine gesamtdeutsche Aufgabe. Deshalb ist der Austausch zwischen Bayern und Berlin von herausragender Bedeutung. Entsprechend stattete die Beauftragte der Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, Sylvia Stierstorfer MdL, der Bundeshauptstadt am 9. und 10. Juli 2019 einen ersten Arbeits- und Informationsbesuch ab, um sich vor Ort über die Aktivitäten der Bundesebene in der Vertriebenen- und Aussiedlerpolitik zu informieren und sich mit Vertretern bedeutender Einrichtungen der Kulturpflege, Erinnerungs- und Verständigungsarbeit auszutauschen.



**Die Landtagsabgeordnete Sylvia Stierstorfer wurde am 21. März 2018 vom Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder zur Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für Vertriebene und Aussiedler ernannt.**

Höhepunkt des Arbeitsbesuchs war der Besuch der Beauftragten bei der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ und deren Direktorin Dr. Gundula Bavendamm. Die Stiftungsdirektorin erläuterte Stierstorfer den Arbeitsauftrag der Stiftung und das Konzept der Dauerausstellung. Diese legt den Schwerpunkt auf Flucht und Vertreibung der Deutschen. Das neue Dokumentationszentrum, mit dem die Stiftung eine breitere Öffentlichkeit für das Thema Flucht und Vertreibung zu sensibilisieren hofft, wird voraussichtlich 2021 seine Pforten öffnen.



## Interesse fördern

Die Beauftragte würdigte die Bedeutung der Erinnerungs-, Gedenk- und Bildungsarbeit der Stiftung und zeigte sich mit Dr. Bavendamm einig, dass man gemeinsam alles tun müsse, um Interesse gerade auch bei jenen zu fördern, die keinen Bezug zu diesem wichtigen Kapitel deutscher und europäischer Geschichte haben.

Weiter traf Stierstorfer in Berlin mit Maria Bering, für den Bereich „Geschichte, Erinnerung“ zuständige Gruppenleiterin der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien zusammen, die sie über die aktuellen Maßnahmen des Bundes zur Förderung der Kulturarbeit gemäß § 96 des Bundesvertriebenengesetzes unterrichtete, über die geltenden Förderrichtlinien informierte und das Konzept der regional tätigen Kulturreferenten für die früheren deutschen Siedlungsgebiete im Osten darlegte. Die Beauftragte zeigte sich überzeugt, dass diese im Zuge ihrer engen Zusammenarbeit mit den Landsmannschaften viel für die Förderung des Kulturerbes, wissenschaftliche Erkenntnis und nachhaltige Verständigung erreichen können.

Abschließend legten Renata Trischler als Koordinatorin der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten und Winfried Smaczny, Vorstandsvorsitzender des „Deutsches Kulturforum östliches Europa“, bei einem Treffen mit der Beauftragten und Sven Oole, Geschäftsführer der Gruppe der Aussiedler, Vertriebenen und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Grundzüge ihrer Arbeit dar.

## Besuch des Kulturforums

Stierstorfer zeigte sich beeindruckt von den Leistungen beider Einrichtungen und kündigte an, das Kulturforum bei nächster sich bietender Gelegenheit in Potsdam besuchen zu wollen. „Es ist großartig, wie Sie die Tür nach Osten öffnen und stets auch offen halten, mit welchem Engagement Sie Verständigung leben, die Jugend gewinnen und mit ihrer Arbeit und ihren Publikationen das deutsche Kulturerbe im Osten lebendig werden lassen“, so die Beauftragte.

## **04) Wieder mehr Spätaussiedler-Registrierungen. Über 3.000 Zuzüge im ersten Halbjahr 2019**

Berlin. (dod) Von Januar bis Juni 2019 haben sich 3.153 Personen als Spätaussiedler und deren Familienangehörige im Grenzdurchgangslager Friedland registrieren lassen. Dies entspricht einem Plus von 437 Personen gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Prof. Dr. Bernd Fabritius, würdigt das Schicksal der in ihre historische Heimat Zurückgekehrten in besonderer Weise: „Die Bundesregierung steht fest zu ihrer Verpflichtung, die sie gegenüber den Deutschen aus Russland und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion trägt. Spätaussiedler und ihre Familienangehörigen können sich gegenwärtig und auch in Zukunft darauf verlassen, in Anerkennung ihres schweren Kriegsfolgeschicksals solidarisch und mit offenen Armen empfangen zu werden.“

## Weniger Anträge aus dem Ausland

Die Zahl der im Ausland zu stellenden Anträge auf Aufnahme als Spätaussiedler, Ehegatte oder Abkömmling ist im ersten Halbjahr 2019 hingegen leicht zurückgegangen: 7.960



Menschen und damit 382 weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum stellten einen Aufnahmeantrag, um zu einem späteren Zeitpunkt nach Deutschland überzusiedeln. Seit einer Gesetzesänderung im Jahr 2013 besteht für Ehegatten und Nachkommen die Möglichkeit, zu einem beliebigen Zeitpunkt in den Aufnahmebescheid des Spätaussiedlers aufgenommen zu werden. Eine gemeinsame Aussiedlung ist damit nicht mehr erforderlich. Diese Erleichterung hat erwartungsgemäß über die vergangenen Jahre hinweg zu einer Erhöhung der Aufnahme- und Antragszahlen geführt.

(PM)  
DOD 04/2019, Seite 14

### **05) Haferland und Bukowina. Beauftragter bei der deutschen Minderheit in Rumänien und der Ukraine**

**Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Bernd Fabritius, ist nach Rumänien sowie in die rumänisch-ukrainische Grenzregion Buchenland, auch bekannt als Bukowina, gereist, um sich vor Ort mit Vertretern der deutschen Minderheit auszutauschen.**

Im siebenbürgischen Deutschkreuz nahm der Beauftragte an der Eröffnung der Haferlandwoche teil. Ebenfalls vor Ort waren neben den Begründern dieser mehrere Ortschaften im Siedlungsgebiet der deutschen Minderheit einbeziehenden Kulturveranstaltung, Peter Maffay sowie Veronica und Michael Schmidt, auch der rumänische Kulturminister Daniel Breaz, die Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, Sylvia Stierstorfer MdL, der Botschafter Deutschlands in Bukarest, Cord Meier-Clodt, der Botschafter Rumäniens in Berlin, Emil Hurezeanu, der DFDR-Vorsitzende, Prof. Jürgen Porr, die Bundesvorsitzende der Siebenbürger Sachsen, Herta Daniel, und eine Delegation des BdV Bayern. In seinem Grußwort würdigte der Beauftragte die große Bedeutung, welche die Haferlandwoche für die Erhaltung der siebenbürgischen Kultur und Lebensart in Rumänien hat sowie deren großen Beitrag zu Verständigung und gegenseitiger Akzeptanz von Mehrheit und Minderheit. Im Rahmen der Haferlandwoche nahm Dr. Bernd Fabritius auch an der Podiumsdiskussion „Siebenbürger Sachsen als Brücke zwischen Rumänien und Deutschland“ teil und nutzte die Gelegenheit, sich die Weiterentwicklung der Projekte der Stiftung von Peter Maffay im nahe gelegenen Radeln anzusehen. Den Vertreter der rumänischen Regierung, Kultusminister Breaz, bat Fabritius, sich beherzt und nachhaltig für den Erhalt des einmaligen kulturellen Schatzes der Siebenbürger Sachsen im Verantwortungsbereich des rumänischen Staates einzusetzen und die Kirchenburgenlandschaft im Auge zu haben.

Anschließend reiste der Beauftragte zu den Buchenland-Deutschen in der Bukowina. In Suczawa ließ Dr. Fabritius sich von der Vorsitzenden des Demokratischen Forums der Deutschen in der Bukowina, Antonia Gheorghiu, sowie vom Vorsitzenden der Bukowina-Stiftung, Josef-Otto Exner, über die aktuelle Situation der Deutschen vor Ort berichten. In Radautz berichtete der Vorsitzende des Verbandes der Buchenlanddeutschen, Eduard Mohr, über die Lage der dort lebenden Landsleute. In Czernowitz, im ukrainischen Teil der Bukowina gelegen, wurde Fabritius vom dortigen Honorarkonsul der Bundesrepublik Deutschland und örtlichen Vorsitzenden der deutschen Minderheit, Alexander Schlamp, sowie dem stellvertretenden Vorsitzenden des Verbandes der Buchenlanddeutschen, Paul Pivtorak, empfangen. Der Beauftragte erkundigte sich über das Leben der Deutschen in der





Ukraine, die Kultur- und Sprachpflege vor Ort, und nutzte auch die Gelegenheit zu einem Besuch der Gemeinschaftsräume im „Deutschen Haus“, bei welchem er sich über die Instandhaltungssituation dieses bedeutsamen historischen Gebäudes informierte.

Beauftragter Fabritius: „Ich bin sehr beeindruckt, wie deutsche Landsleute in teilweise entlegenen Gebieten Europas ihre eigene Lebensart und Kultur pflegen und diese in das örtliche Gemeinwesen einbringen. Es gilt, dies zu unterstützen, wo wir es können.“

*DOD 04/2019, Seite 7*

## **06) Einweihung des sanierten Pfarrhauses in Wurmloch. Auszeichnung für Hartmut Koschyk in Hermannstadt**

**Nach umfangreicher, denkmalgerechter Sanierung ist das ehemalige Pfarrhaus in Wurmloch/Valea Viilor neben der zum UNESCO-Weltkulturerbe gehörenden Kirchenburg mit einem Festgottesdienst feierlich eingeweiht worden. Die Restaurierung des Gebäudes erfolgte in enger Partnerschaft zwischen dem Bezirkskonsistorium Mediasch/Mediaş der Evangelisch-Lutherischen Kirche A.B. in Rumänien und der Stiftung „Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland“. Das in neuem Glanz erstrahlende Pfarrhaus soll künftig als Jugendbegegnungszentrum genutzt werden.**

Zu dem Festgottesdienst und der anschließenden kirchlichen Segnung hatten sich der Bischof der Evangelischen Kirche A.B. in Rumänien, Reinhart Guib, der Mediascher Dechantenstellvertreter, Pfarrer Ulf Ziegler, Pfarrerin Bettina Kenst, Pfarrer Wolfgang Arvay, der stv. Vorsitzende des Landesforums der Deutschen in Rumänien sowie Vorsitzende des Siebenbürgenforums, Martin Bottesch, der Geschäftsführer des Landesforums, Benjamin Jozsa, der Bürgermeister von Wurmloch, Ilie-Avram Pinte, und der örtliche Kirchenkurator Michael Weber nebst zahlreichen weiteren Gästen aus der Region eingefunden.

Die Stiftung „Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland“ war durch ihren Stiftungsratsvorsitzenden Hartmut Koschyk und den Projektleiter für die Fördermaßnahme in Wurmloch, Thomas Konhäuser, vertreten. Mit Hartmut Koschyk und Thomas Konhäuser waren aus Deutschland auch der ehemalige Evangelisch-Lutherische Regionalbischof des bayerischen Kirchenkreises Ansbach-Würzburg und der langjährige Pegnitzer Kommunalpolitiker Dr. Peter Kleißl nach Siebenbürgen gereist.

Im Festgottesdienst dankten Bischof Reinhard Guib und der stv. Mediascher Dechant Ulf Ziegler der Stiftung „Verbundenheit“ für die zur Verfügung bzw. eingeworbenen Mittel, die neben der Stiftung „Verbundenheit“ von der Dr. Kurt Linster-Stiftung, der BAYWA-Stiftung, dem Verein für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland sowie von in Siebenbürgen tätigen deutschen Unternehmen zur Verfügung gestellt wurden.

## **Neues Leben durch Jugendbegegnungsstätte**

Mit der Einrichtung einer Jugendbegegnungsstätte mit Übernachtungsmöglichkeiten werde die altherwürdige Kirchenburg mit neuem Leben beschenkt. Die Sanierung und Umwidmung des ehemaligen Pfarrhauses für die Begegnung junger Menschen aus Siebenbürgen, Rumänien, Deutschland und ganz Europa verbinde die Geschichte sowie Glaubens- und Kulturtraditionen Siebenbürgens mit der Zukunftsgestaltung Europas durch die junge Generation in einem christlichen Geist.



## Rumänisch-deutsche Zusammenarbeit

Hartmut Koschyk nannte die denkmalgerechte Sanierung des Wurmlocher Pfarrhauses und künftige Nutzung als Jugendbegegnungsstätte ein gutes Beispiel für rumänisch-deutsche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Zivilgesellschaft. Man wolle jedoch bei dem Erreichten nicht stehen bleiben: der Keller und das Dachgeschoss des Pfarrhauses sowie weitere Nebengebäude könnten ebenso wie die benachbarte ehemalige und im Kirchenbesitz befindliche Schule schrittweise saniert und zu einer Jugendbegegnungsstätte größeren Umfangs ausgebaut werden. Koschyk freute sich, dass der örtliche Kirchenkurator Michael Weber persönlich die Verwaltung des sanierten Pfarrhauses übernehmen werde. Auch Wurmlochs Bürgermeister Pinte begrüßte die Restaurierung und Umwidmung des Pfarrhauses und erhofft sich dadurch Synergieeffekte für die touristische Entwicklung des Ortes, gerade auch durch das jährliche Kulturfestival zu Erinnerung an den 1893 in Wurmloch/Valea Viilor geborenen und 1973 in Bukarest gestorbenen rumänischen Komponisten Marțian Negrea. Neben der feierlichen Einweihung des restaurierten Pfarrhauses in Wurmloch war Hartmut Koschyk aber auch noch aus einem weiteren festlichen Anlass nach Siebenbürgen gekommen. In Hermannstadt/Sibiu wurde Koschyk mit der „Goldenen Ehrennadel“ die höchste Auszeichnung des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien verliehen. Die Ehrung war kurz vor Koschyk an den Staatspräsidenten Rumäniens und ehemaligen Oberbürgermeister von Hermannstadt, Klaus Johannis verliehen worden, der selbst einmal Vorsitzender des Landesforums gewesen ist.

## Auszeichnung für Hartmut Koschyk

Der Verleihungs-Festakt fand am Sitz des Landesforums in Hermannstadt in dem kürzlich sanierten „Spiegelsaal“ statt. Die Auszeichnung nahmen der Landesvorsitzende des Forums, Paul-Jürgen Porr, und der Abgeordnete Ovidiu Ganț vor. Beide Vertreter der Deutschen in Rumänien würdigten Koschyks jahrzehntelangen Einsatz für die deutsche Minderheit in Rumänien in verschiedensten politischen Funktionen, sei es als BdV-Generalsekretär, Bundestagsabgeordneter, Finanzstaatssekretär und Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten. Als Beispiele für Koschyks Einsatz nannte der Abgeordnete Ganț die erste deutsch-rumänische Sonderbriefmarke mit dem Motiv der Kirchenburg in Birlhelm sowie die besondere Förderung der Deutschlehrer in den deutschen Schulen in Siebenbürgen, dem Banat und Sathmar. In seinen Dankesworten würdigte Koschyk die Leistungen des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien und dankte dessen anwesenden Vertretern Paul-Jürgen Porr, Ovidiu Ganț, Benjamin Josza und Martin Bottesch, aber auch dem der Ehrung beiwohnenden langjährigen Evang.-Luth. Bischof Prof. Dr. Christoph Klein für deren Einsatz und die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Das Landesforum und seine Regionalforum sowie die Evangelisch-Lutherische und Römisch-Katholische Kirche in Siebenbürgen, dem Banat und Sathmar seien für ihn immer verlässliche und kompetente Partner gewesen. Koschyk erinnerte an den kürzlichen Besuch von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel anlässlich des EU-Gipfels in Hermannstadt und ihre wichtige Begegnung mit dem Demokratischen Forum der Deutschen in Rumänien, aber auch an die persönliche Verbundenheit von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit den Deutschen in Rumänien, der als Außenminister beim Festakt zum 25-jährigen Bestehen des Forums in Hermannstadt eine wegweisende Festrede gehalten habe. Er selbst, so Koschyk, fühle sich der deutschen Minderheit in Rumänien auch weiterhin persönlich eng verbunden und



empfinde die Verleihung der „Goldenen Ehrennadel“ als Verpflichtung, als „Politiker im Unruhestand“ auch in Zukunft für die Anliegen der deutschen Landsleute in Rumänien einzutreten.

### **Kirchenburgen**

In Siebenbürgen (Rumänien) sind etwa 150 Kirchenburgen und Wehrkirchen, die seinerzeit zur Verteidigung gegen Türken und Tataren-Einfälle erbaut wurden, in teilweise sehr gutem Zustand erhalten geblieben. Die Kirchenburgen des UNESCO-Weltkulturerbes, insgesamt sieben Burgen, befinden sich im Süden Siebenbürgens, zwischen den Flüssen Große Kokel und Alt, im Burzenland und im nördlicheren Kreis Bistritz. Sie wurden von den Siebenbürger Sachsen, von Ungarn und von Szeklern erbaut. Um ihren Erhalt bemüht sich die Stiftung Kirchenburgen.

### **07) Zentrale Aussagen der Zukunftswerkstatt der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen: Partizipativen Ansatz stärken – Arbeit vernetzen – wissenschaftliche Forschung befördern!**

In ihrem Koalitionsvertrag bekennt sich die Bundesregierung dazu, die im Sinne des Kulturparagraphen 96 des Bundesvertriebengesetzes tätigen Einrichtungen der Heimatvertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten als Träger des deutschen Kulturerbes des Ostens sowie im Geiste der europäischen Verständigung für die Zukunft zu ertüchtigen und die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen zu stärken.

Zur Umsetzung dieser Koalitionsvereinbarung erarbeitet die Kulturstiftung, gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, seit Januar dieses Jahres ein Konzept zur Stärkung der eigenständigen Kulturarbeit, die bereits seit Jahren von den Vertriebenenorganisationen gefordert wird. Nach einer Auftaktveranstaltung im Februar widmete sich eine Reihe von Workshops in Berlin, Königswinter und Goslar der Kooperation und Vernetzung der Einrichtungen der eigenständigen Kulturarbeit untereinander und mit den deutschen Minderheiten im östlichen Europa. Ferner wurden beleuchtet der Stand der wissenschaftlichen Arbeit, die Gewinnung von wissenschaftlichem Nachwuchs und die Ansprache und Einbeziehung der jüngeren Generation sowie Stand und Perspektiven der Publikationsorgane der Vertriebenen und der Bewahrung der Heimatsammlungen.

Am 4. und 5. September 2019 fand in HAUS SCHLESILIEN in Königswinter eine „Zukunftswerkstatt“ statt, an der Vertreter von Kultureinrichtungen der Vertriebenen, Institutionen der Wissenschaft und der kulturellen Breitenarbeit, ebenso Vertreter des BdV und der deutschen Minderheit in Polen teilnahmen. Moderiert von dem Leiter des Projekts der Kulturstiftung, Thomas Konhäuser, wurden die Ergebnisse der zurückliegenden Workshops vorgestellt und reflektiert, dabei alle relevanten Problemfelder lebendig und konstruktiv diskutiert und weitere Impulse für die Erarbeitung eines Förderkonzepts zur Stärkung der eigenständigen Kulturarbeit der deutschen Vertriebenen gesetzt.

Die Zukunftswerkstatt hat wie die Auftaktveranstaltung und die zurückliegenden Workshops aufgezeigt, dass eine ständige Plattform zur Stärkung des Informationsaustausches und der gegenseitigen Vernetzung der Arbeit der Einrichtungen der eigenständigen Kulturarbeit nach § 96 BVFG untereinander notwendig ist. Synergieeffekte können bei einem entsprechenden Austausch und durch fortlaufende Veranstaltungen der Kulturstiftung nicht nur in der Projektarbeit, sondern insgesamt auch im Bereich der Publikationsorgane der Heimatvertriebenen, der Öffentlichkeitsarbeit und der Jugendarbeit erzielt werden.





Auch gilt es, die Einrichtungen der eigenständigen Kulturarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen in Deutschland und mit wissenschaftlichen Einrichtungen im östlichen Europa sowie den Organisationen der deutschen Minderheiten und deren Einrichtungen nachhaltig zu vernetzen. Die Kulturstiftung kann hier eine wichtige „Scharnierfunktion“ wahrnehmen. Von Seiten des Sprechers der Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten (AGDM) und Vorsitzenden des Dachverbandes der deutschen Minderheiten in Polen (VdG), Bernard Gaida, wurde im Rahmen der Zukunftswerkstatt erneut der Wunsch nach einer künftigen Kooperation mit der Kulturstiftung im Hinblick auf eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit unterstrichen.



Reinfried Vogler, Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung und Projektleiter. Thomas Konhäuser

*„Mit Kooperationen kann man nicht nur mehr eigene Einrichtungen erreichen, sondern auch eine breitere Öffentlichkeit. Man muss dem Wort ‚Kooperation‘ das Wort ‚Vernetzung‘ hinzufügen und es geht um die Koordinierung der Kooperation und der Vernetzung. Dabei kann die Kulturstiftung eine besondere Rolle spielen und eine Plattform bieten. Die Kulturstiftung kann insbesondere auch in der wissenschaftlichen Zuarbeit, Mitarbeit und in Ergänzung dessen, was die Landesbeauftragten und die verschiedenen Verbände und Organisationen vor Ort leisten können, einen wertvollen Beitrag leisten“*, zitierte Projektleiter Konhäuser den Beauftragten für die Belange der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler des Landes NRW, Heiko Hendriks, der an dem ersten Workshop in Berlin teilgenommen hatte.

Hinsichtlich der – wie im Koalitionsvertrag aufgeführt – anzustrebenden strukturellen und inhaltlichen Neuausrichtung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen wurde zudem deutlich, dass deren wissenschaftliche Arbeit intensiviert werden solle. Neben der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht, deren Geschäftsführung sie seit Jahrzehnten wahrnimmt, sollten bei der Kulturstiftung weitere Studiengruppen zu den Fachbereichen Geschichte/ Zeitgeschichte, Kunstgeschichte und Literaturgeschichte angesiedelt werden.



Mehrere Professoren haben gegenüber der Kulturstiftung ihre Bereitschaft erklärt, in diesen Studiengruppen aktiv mitzuwirken. Die zu gründenden Studiengruppen können nicht nur die wissenschaftliche Arbeit befördern sowie als Plattform dienen, wo sich in den betreffenden Fachbereichen arbeitende Professoren und Nachwuchswissenschaftler kennenlernen und austauschen, sondern insbesondere auch dazu beitragen, zum Beispiel durch Tagungen und Veranstaltungen wissenschaftliche Forschungsergebnisse in die Öffentlichkeit zu tragen, was einen nachhaltigen Mehrwert gegenüber bestehenden Forschungseinrichtungen darstellt. Zudem können die Studiengruppen neue Impulse für die Forschung in Deutschland und für Kooperationen mit universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen im östlichen Europa und dabei insbesondere auch mit den Einrichtungen der deutschen Minderheiten setzen, was von diesen im Rahmen der Tagungsreihe nachdrücklich gewünscht wurde.

Dringender Handlungsbedarf besteht zudem im Hinblick auf Beratung und Assistenz für die Einwerbung und Abrechnung von Fördermitteln, da die Hürden für Projektanträge stetig wachsen und in Konsequenz Anträge zur Umsetzung von Projekten von kleineren Kulturinstitutionen der Vertriebenen oftmals erst gar nicht gestellt werden. Die Kulturstiftung könnte als übergreifende Plattform Abhilfe schaffen und in diesem Feld unterstützend tätig werden, weniger im Bereich der Bundesförderung – hier sind die Kulturreferenten beratend tätig –, aber insbesondere auch vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Förderrichtlinien in den Ländern, aber auch was mögliche EU-Fördermittel und die Einwerbung von Drittmitteln aus nicht-öffentlicher Hand betrifft.

Des Weiteren kann die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen als zentrale Beratungsstelle für den Komplex der Zukunft der Heimatsammlungen bzw. -stuben, wertvolle Arbeit leisten. Die Kulturstiftung ist allein schon aufgrund ihrer Nähe zum BdV und den Landsmannschaften hervorragend dafür geeignet, diese Aufgabe auf Dauer auszufüllen und kann im Falle einer nicht abzuwendenden Auflösung einer Heimatsammlung „Scharnier“ sein zu den Landesmuseen, Archiven und Bibliotheken in Deutschland und, falls eine Überführung in die Herkunftsregionen gewünscht wird, u.a. zu den Einrichtungen der deutschen Minderheiten sein. Welch hohes Vertrauen in die Kompetenz der Kulturstiftung in dem Bereich der Heimatsammlungen gesetzt wird, belegt die Tatsache, dass das Land Nordrhein-Westfalen die Kulturstiftung für das neue, 19 Monate laufende Projekt „Virtuelle Heimatsammlungen“ zur digitalen Erfassung und virtuellen Präsentation der Exponate, also der sächlichen Objekte ausgewählter Heimatsammlungen in NRW, mit einer hohen Summe fördere, so Projektleiter Konhäuser. Insgesamt bestand Einigkeit darüber, dass die Partizipation der Heimatvertriebenen an der Arbeit hinsichtlich der Kultur der Deutschen in Mittel- und Ostmitteleuropa in der beschriebenen Weise nachhaltig gestärkt werden muss.

Ausführliche Berichte zu den einzelnen Workshops sind auf der Internetseite der Kulturstiftung [www.kulturportal-west-ost.eu](http://www.kulturportal-west-ost.eu) abrufbar, ebenso in Kürze der Bericht zu der Zukunftswerkstatt. Eine abschließende Studie wird die wesentlichen Vorschläge zur Stärkung der eigenständigen Kulturarbeit der deutschen Heimatvertriebenen zusammenfassen. Die Ergebnisse werden der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie den Verbänden, Organisationen und Medien der Heimatvertriebenen/Aussiedler als auch weiteren wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen zugeleitet werden.

Thomas Konhäuser

